

**Konsultation zur Richtlinie 2003/59/EG über die Grundqualifikation
und Weiterbildung der Fahrer bestimmter Kraftfahrzeuge für den
Güter- oder Personenkraftverkehr**

Ergänzende Anmerkungen

<p>Registriernummer: 37561907555-47</p>
--

Im Bayerischen Handwerkstag e.V. (BHT) mit Sitz in München sind 6 Handwerkskammern und 47 Landesinnungsverbände und Landesinnungen sowie bedeutende wirtschaftliche Einrichtungen des Handwerks in Bayern zusammengeschlossen. Der BHT vertritt die Interessen von ca. 200.000 Betrieben, die mit knapp 900.000 Beschäftigten einen Umsatz von rd. 100 Mrd. Euro erwirtschaften. Das Handwerk ist der vielseitigste Wirtschaftsbereich und bildet mit seinen kleinen und mittleren Betrieben (KMU) das Kernstück der Wirtschaft in Bayern. Der BHT nimmt die Interessenvertretung des bayerischen Handwerks auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene wahr und hat die Aufgabe, eine einheitliche und repräsentative Willensbildung des bayerischen Handwerks in allen Grundsatzfragen herbeizuführen.

Grundsätzliche Anmerkungen zur Struktur von EU-Konsultationen

Das bayerische Handwerk bewertet Konsultationen grundsätzlich als wichtiges Instrument im Rahmen der politischen und gesetzgeberischen Entscheidungsprozesse auf EU-Ebene. Eine möglichst breite Beteiligung aller gesellschaftlichen Gruppen, insbesondere der Handwerksbetriebe und der Handwerksorganisationen sowie der Bürger ermöglicht die Berücksichtigung und Abwägung der verschiedenen Gesichtspunkte und Interessen im Rahmen politischer und gesetzgeberischer Entscheidungen. Gleichzeitig sind Konsultationen geeignet, Transparenz hinsichtlich der Entscheidungsprozesse zu schaffen und damit das Vertrauen in die EU-Institutionen und die Identifikation der Bürger und Unternehmen mit der EU zu stärken. Gerne möchten wir jedoch von der Möglichkeit Gebrauch machen, kritische Anmerkungen zur Struktur von EU-Konsultationen vorzubringen.

Kritisch sehen wir grundsätzlich, dass EU-Dokumente in deutscher Sprache bisher nur unzureichend zur Verfügung gestellt werden und Konsultationen zumeist ausschließlich in Englisch durchgeführt werden. Auch vor dem Hintergrund, dass Deutsch die am meisten gesprochene Sprache der EU ist, müssen im Sinne des Grundverständnisses von Demokratie und dem selbst gesetzten Anspruch der EU-Institutionen auf Transparenz alle Dokumente der Entscheidungsprozesse der EU in deutscher Sprache zur Verfügung stehen. Nur so können sich die Bürger, die Betriebe, deren Organisationen und alle sonst Betroffenen aktiv und konstruktiv an den einzelnen Verfahren beteiligen. Hier besteht grundlegender und dringender Handlungsbedarf, wie auch das Europäische Parlament in seiner Entschließung vom 14. Juni 2012 zum Thema „Öffentliche Konsultationen und ihre Verfügbarkeit in sämtlichen Sprachen der EU (2012/2676 [RSP])“, feststellt. Unter anderem wird hierin gefordert, dass öffentliche Konsultationen in sämtlichen Amtssprachen der Europäischen Union zur Verfügung gestellt werden müssen, was voll und ganz unserer eigenen Auffassung entspricht.

Ebenfalls grundlegend zu kritisieren ist, dass die meisten Konsultationen einseitig quantitativ ausgerichtet sind. Dies kann aufgrund der rein statistischen Auswertung zu verzerrenden Ergebnissen führen. Es muss vor diesem Hintergrund bei jeder Konsultation möglich sein, unbeschränkt qualitative Angaben machen zu können, um komplexe Sachverhalte und Belange korrekt und in ihrer Vollständigkeit zu erläutern. Sollte dies mittels Fragebogen nicht erfasst werden können, muss grundsätzlich die Möglichkeit bestehen, weitere Anmerkungen per Mail oder postalisch an einen Adressaten übermitteln zu können und eine entsprechende Email-Adresse oder Postanschrift zur Verfügung gestellt werden.

Darüber hinaus ist es im Rahmen der notwendigen Transparenz erforderlich, die Rechtsgrundlage, den Zweck und die prognostizierten Auswirkungen des jeweiligen Konsultationsthemas auf die verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen, speziell auch auf KMU, möglichst konkret offen zu legen. Entsprechendes gilt für die Bekanntgabe der Zahl, der Gewichtung und Bewertung der Konsultationsbeiträge durch die Kommission. Ebenso bedarf es größtmöglicher Transparenz hinsichtlich des weiter beabsichtigten Vorgehens der Kommission, um eine frühzeitige Beteiligung der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen und Institutionen am weiteren Entscheidungs- und Gesetzgebungsprozess zu ermöglichen und zu fördern. Wir erwarten vor diesem Hintergrund eine möglichst zeitnahe und umfassende Auswertung sowie Veröffentlichung der Ergebnisse.